

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

52 (1.2.1921) Abendausgabe



# Badische Presse

## und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Eigentum und Verlag von  
Verb. Literaria.

Direktion:  
Gaus Walter Schneider

Verantwortlich: Walter Schneider  
Redaktion: Walter Schneider  
Verlag: Walter Schneider  
Druck: Walter Schneider

Redaktion:  
Karlstraße 10  
Telefon: 100 und 101.

Verkaufsstelle:  
Karlstraße 10  
Telefon: 100 und 101.

Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 4558.

**Seitens-Preise:**  
Im Einzelnen: Am Freitag  
und in den Anzeigen abgedruckt  
monatlich 1.50, frei ins Haus  
geleitet 1.60.

**Abonnements-Preise:**  
Im Einzelnen: Am Freitag  
und in den Anzeigen abgedruckt  
monatlich 1.50, frei ins Haus  
geleitet 1.60.

**Einzelnummern:**  
10 Pfennig

**Abonnements-Preise:**  
Im Einzelnen: Am Freitag  
und in den Anzeigen abgedruckt  
monatlich 1.50, frei ins Haus  
geleitet 1.60.

### Sachliche Kritiken am Pariser Abkommen.

#### Die Kritik der amerikanischen Presse.

Aus Amerika liegen jetzt Nachrichten über die Aufnahme des Pariser Abkommens vor. Da der Schwerpunkt der ganzen Finanzwirtschaft sich während des Krieges und noch mehr nach dem Krieg nach der neuen Welt verschoben hat, Amerika auch immer noch einen gewissen Einfluss auf den Gang der Lage haben kann infolge seiner Sonderstellung bezüglich des Friedensvertrages, sind die Meinungen mehr als bloße Kritiken. Sie gehen natürlich auch je nach der Einstellung des Kritikers zu den Parteien auseinander. Bemerkenswert ist aber immerhin, daß ein Mann wie Bernard Baruch, früheres Mitglied des Obersten Rats, warnend sich äußert, den Bogen nicht zu überspannen. Uns liegen folgende Meinungen vor:

**1. New York, 1. Febr. (Eigener Drahtbericht.)** Selbst Entente-Mitglieder verurteilen die Pariser Festschließung der Entschädigung. Die „World“ fragt, ob denn die europäische Staatsmännliche Klugheit getötet sei. Die „New York Times“ nennt die Exportsteuer verächtlich. Bernard Baruch, der bekannte New Yorker Finanzmann und Mitglied des Obersten Alliiertenrates, der auch ehemaliges Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation auf der Friedenskonferenz in Paris war, hat erklärt, daß diese Festschließung ungefähr einer Verzinsung von 21 Milliarden Mark entspreche, welche mit dem Zins zu 5 Prozent gerechnet in 42 Jahren die Summe von ungefähr 55 Milliarden Mark erreichen würde. Dieser Betrag, erklärte Baruch, entspreche ungefähr der Grenze, bis zu welcher nach der Ansicht der amerikanischen Sachverständigen die deutsche Zahlungsfähigkeit gehe. Baruch kritisiert dann die Bestimmung bezüglich der Ausfuhrsteuer und zwar deshalb, weil sie geeignet ist, den Umfang des deutschen Handels und öffentlichen Lebens überhaupt zu vermindern. Thomas A. Morgan, ein New Yorker Bankier und Mitglied des Hauses Morgan & Co., hat erklärt, daß wenn auch Deutschland das Wiederergänzungssystem der Entente nicht annehme, dieses System doch einen Fortschritt bedeute, weil England und Frankreich endlich zu einem Einverständnis in dieser Frage gelangt seien.

#### Engländer, keine deutschen Pressestimmen.

**1. London, 1. Febr. Der „Manchester Guardian“** schreibt: Wir können sicher sein, daß die von dem Obersten Rat beschlossenen Reparationsbedingungen niemals durchgeführt werden können, da die Ausführung der Bedingungen ein Verbrechen gegen die Zivilisation bedeuten würde. Ein zivilisierter Feind kann nicht gezwungen werden, in solchem Umfang und für eine solche Zeitdauer Tribut zu zahlen. Das Blatt legt dann ausführlich die Unmöglichkeit für Deutschland dar, der geforderten Reparation nachzukommen und die verhängnisvollen Folgen für die Industrie der alliierten Länder, die eine Erfüllung der Bedingungen nach sich ziehen werde.

„Westminster Gazette“ führt aus, die Konferenz hätte jedenfalls nur an die Gegenwart gedacht und sei der Ansicht gewesen: Nach uns die Sündflut! Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt: Die auf den Bericht der Sachverständigen gegründete kritische Ansicht auf der Konferenz sei dahingegangen, daß die Reparation nur geleistet werden könne, wenn der Ausfuhrhandel Deutschlands bedeutend erhöht werde und Deutschland seine Waren abgeben werden. Die jetzt beschlossenen Entscheidungen künden jedoch dazu in vollem Widerspruch. In den amtlichen englischen Kreisen habe man sich vollständig Neugierigkeit darüber abgeleitet, daß es schwierig sein werde, die deutsche Ausfuhr auch nur im großen zu kontrollieren. Britische Kreise verflüchten sich auch keineswegs der Möglichkeit der Gefahr andauernder Streitigkeiten über die Wieder-

gutmachungsfrage und seien durchaus der Ansicht, daß mit den jetzigen Beschüssen die Frage nicht erledigt sei (selbst nicht zwischen Frankreich und England). Je mehr man den Pariser Wiederergänzungssystem betrachte, desto mehr sei man davon überzeugt, daß er nicht nur ganz schlecht, sondern, daß er auch von denen, die ihn ausgearbeitet haben und deren wahre Ansicht darüber kein Geheimnis sei, für schlecht gehalten werde.

Der „Star“ schreibt, alles sei jetzt geregelt, nur nicht die Regelung selbst. 42 Jahre lang müßten die Alliierten bereit sein, ihre Dividenden auf den Spiken ihrer Bajonette einzusammeln. Das Blatt schließt, es ist nicht der Mühe wert, uns selbst zu fragen, welcher reiche Gewinn uns bleibt, wenn wir am Ende der 42 Jahre die Kosten für die Bajonette von der Gesamtsumme, die wir erhalten, abziehen.

#### Bahnen und das Pariser Abkommen.

**1. München, 1. Febr. (Eigener Drahtbericht.)** Die „Bayerische Staatszeitung“, das amtliche Organ der bayerischen Regierung, nimmt in langen Ausführungen zu dem Diktat der Entente Stellung, in dem es u. a. heißt: Es war eine sehr hinterhältige Komödie, wenn Lloyd George diesen Foch, Briand und Doumer bei ihren Forderungen schroff ansetzte und mit lauter Entschlossenheit sofortiger Abreise drohte, dann plötzlich dem neuen Diktat der französischen Chauvinisten, Nationalisten und Imperialisten begeistert zustimmte. Deutschland steht wieder einmal vor einer folgenschweren, vielleicht vor der folgenschwersten Entscheidung. Das deutsche Volk bildet erwartungsvoll auf zu einer ihrer Verantwortung bewußten Regierung in bitterem Schmerz darüber, daß alle seine ehrlichen Versuche, den Frieden in Europa wieder aufzurichten vergeblich zu sein scheinen. Es verweigert einmütig und geschlossen die Anerkennung der jedes Maß überschreitenden Forderungen.

#### Die Londoner Konferenz.

**1. Paris, 1. Febr. Berlin** teilte im „Echo de Paris“ mit, daß die französischen Delegierten auf der Pariser Konferenz verurteilt hätten, die Konferenz in London zu verhindern, indem sie die Annulierung der im November vereinbarten Arbeit smethode verlangten. Die französischen Delegierten auf der Konferenz hätten vom Obersten Rat gefordert, den Verleihen von Berlin (wörtlich) die Beschlüsse der Konferenz zu notifizieren. Die Londoner Konferenz hätte aber nicht verhindert werden können, wenigstens nicht dem Schein nach.

#### Auch Tardieu interpelliert.

**1. Paris, 1. Febr. (Eigener Drahtbericht.)** Tardieu wird den Präsidenten Brand ebenfalls interpellieren und zwar über das Wiederergänzungssystem von Paris. Tardieu wird von der Kammer verlangen, daß sie diese Interpellation sofort erörtere.

#### Dr. Mayer wieder in Paris.

**1. Paris, 1. Febr. Der** deutsche Botschafter Dr. Mayer, der auf mehrere Tage in persönlicher Angelegenheit nach Deutschland gereist war, ist gestern Abend nach Paris zurückgekehrt.

#### Mac Kenna österreichischer Finanzdiktator.

**1. London, 1. Febr. (Eigener Drahtbericht.)** In Finanzkreisen der City ist die Rede davon, daß die Leitung der Finanzorganisation der Entente zu Gunsten Mac Kenna's des früheren Finanzministers Mac Kenna angetraut werden soll. Mac Kenna gehörte dem früheren Kabinett Asquith an und ist gegenwärtig Präsident einer der größten Banken in London.

### Reichsrat.

**1. Berlin, 31. Jan. Im** Reichsrat führte Ministerialdirektor Sachs zum Haushaltsetat aus, der ursprüngliche Etatsentwurf schloß mit 22,5 Milliarden ab. Der ursprüngliche Fehlbetrag von 49 Milliarden ist auf 67 Milliarden gestiegen. Die Ergänzungen für 1920 bringen eine weitere starke Verschlechterung der Finanzlage, durch die die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 79 Milliarden angewachsen sind. Die Gesamtschuld der Jahresleistungen zur Ausführung des Friedensvertrages habe sich schon jetzt auf 42,5 Milliarden gesteigert. Allein die laufenden Kosten für die interalliierte Rheinlandkommission haben sich um 20 Millionen auf 115 Millionen erhöht. Zu seinen Angaben über den Ergänzungsetat führte Ministerialdirektor Sachs aus, daß der angegebene Fehlbetrag von 79 Milliarden mit allen Mitteln strengster und rücksichtslosster Beschränkung vermindert werden müsse.

#### Aus den Ausschüssen.

**1. Berlin, 1. Jan. Im** Hauptausschuß des Reichstages erklärte bei der Beratung des Etats des Wiederaufbauminsters Ministerialrat Souvignier, daß die Regierung die wirtschaftlichen Maßnahmen, die gegen die Abgabe des geforderten großen Schiffsräumens (Rheinische gemäß amerikanischem Schiedspruch und etwa 800.000 Tonnen zur Reparation) sprechen, anerkennt und mit der Entente in Fühlung getreten sei zur Beratung über die Frage, ob eine Abbedingung des bis jetzt verlangten Schiffsräumens durch Vierzug von Neubauten möglich sei. Der Hauptausschuß genehmigte schließlich sämtliche Staatsforderungen und Nachtragspositionen des Reichsministeriums für den Wiederaufbau.

**1. Berlin, 31. Jan. (Drahtbericht)** unserer Berliner Schriftleitung. Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde heute in die Beratung eines Gesetzentwurfes zur Erhebung einer Abgabe für den Wohnungsbau eingetreten. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß die vorgesehene Festschließung des Jahreseinkommens der Nutzungsberechtigten durch die Finanzämter gesehen könne. Die Deutsch-Nationalen brachten einen Antrag ein, durch ein Gesetz zu veranlassen, daß die 1 1/2 Milliarden in den Etat 1920 nachträglich zur Förderung des Wohnungsbaues eingesetzt würden. Die bayerischen und württembergischen Regierungsvertreter behaupteten, daß die Gemeinden nicht in der Lage seien, dieses Gesetz durchzuführen. Schließlich wurde der Antrag der Deutsch-Nationalen vertagt. Der Antrag der Regierungspartei auf Einsetzung eines Unterausschusses wurde angenommen. Der Unterausschuß soll bereits heute nachmittags seine Beratungen beginnen.

#### Die Wohnungssteuer.

Groß-Berlin plant eine Wohnungs-umsatzsteuer. Wenigstens eine sozialistische Subvention. Der Entwurf ist noch nicht fertig, wird es auch wohl nicht werden. Die zuständigen Ministerien haben wichtige Bedenken geltend gemacht. Sie sind in der Tat groß. Denn die Wohnungssteuer fördert nicht die Bautätigkeit, sondern schränkt sie

noch mehr ein. Es kommt doch darauf an, den Baumarkt wieder zu beleben. Das geht aber nicht, wenn die Unternehmer durch hohe Steuern abgescräft werden. Die Wohnungssteuer wird überdies zur Entlastung der Wohnungsnot nur vorübergehend beitragen. Nach Monaten wird sie dann um so härter sein weil dem Mangel neuer Wohnungen anders als durch Neubauten nicht abgeholfen ist. Die Wohnungssteuer ist somit ein Übel. Sie richtet sich vor allem gegen die Bauarbeiter die nun noch länger mühen müssen. Wir brauchen aber unbedingt die Wiederbelebung des Baumarcktes. Es würde das nicht so schwer sein, wenn nicht die Finanzmakrochomen der Behörden und eine solche Seners- und Wirtschaftspolitik das hindern. Wenn der Staat endlich anhört, die Notendrücke arbeiten zu lassen, also das Geld emittiert, wenn mehr Güter erzeugt werden, dann wird sich auch reichlich Geld für den Baumarck finden. Das notwendigste Scheitern der Wohnungssteuer in Berlin ist also kein Unglück.

#### Wiedereinführung der arbeitslosen Arbeitszeit.

**1. Bochum, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht.)** Bei der Knappschäftsberufs-Genossenschaft, Sektion II, ist mit dem 1. Februar wieder die geteilte Arbeitszeit eingeführt worden. Beim Allgemeinen Knappschäftsverband, der über 1200 Beamte beschäftigt, sollte geteilt die geteilte Arbeitszeit wieder eingeführt werden. Die Belegschaft sträubte sich dagegen, worauf der Vorstand den Beamten, die sich weigerten, die geteilte Arbeitszeit einzuführen, die früher gemachten Gehaltszuschläge wieder in Abzug brachte. Eine daraufhin von der Belegschaft abgehaltene Versammlung sollte über den Streik abstimmen. Dabei wurden 440 Stimmen für und 400 gegen den Streik abgegeben. Die zwei Drittel-Mehrheit für den Streik ist also nicht erreicht worden. Es wurde die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums angerufen.

#### Einfuhr von Schmalz und Fett.

**1. Berlin, 1. Febr. Wie** die „Postische Zeitung“ erfährt, ist von zuständiger Stelle nimmend die Einfuhr von ausländischem Schmalz, die bereits auf der Präsidenten Konferenz der Ernährungsminister grundsätzlich in Aussicht genommen hatte und schon am 1. Februar in Kraft treten sollte, endgültig beschlossen worden. Bezüglich der Einfuhr von Fleisch sind Besprechungen in Aussicht genommen.

#### Verhinderter Landeserrat.

**1. Stuttgart, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht.)** Die hiesige Kriminalpolizei ist einem Landeserratsverlauf auf die Spur gekommen. Sie hat in Rottweil einen Korarbeiter namens Josef Schaid und den Wirt und Weinbändler Ziron, sowie dessen Sohn unter dem Verdacht verhaftet, mit dem Auslande gegen Angebot von Millionen Verbindungen geführt zu haben, um das Fabrikationsverfahren der Rottweiler Pulverfabrik zu verkaufen. Die Verhandlungen sollen teilweise schriftlich und teils mündlich durch den jungen Ziron im besetzten Gebiet geführt worden sein und sollen vor dem Abschluß gestanden haben, als die Stuttgarter Kriminalbeamten in Rottweil erschienen und die Verhaftung vornahmen. Bei Ziron wurde belastendes Material gefunden. Verhaftungen wurden auch in Frankfurt, Stuttgart, Friedrichshafen und Wisingheim vorgenommen.

### Reichstagsreform.

Die Klagen über den Reichstag sind alt. Aber niemals waren sie so berechtigt wie jetzt. Früher hatten sie einen anderen Sinn als heute. Damals suchten gewisse Kreise die Bedeutung des Parlamentes überhaupt herabzudrücken, und die Kritik am Reichstage war deshalb häufig Nörgerei. Heute ist die verfassungsmäßige Wichtigkeit der Einrichtung ungeheuer erhöht, doch ihre Geltung in der Meinung des Volkes ist damit noch nicht gewährleistet, und wenn sie herabgemindert wird, kann zwar nicht mehr die Macht der Volksvertretung in Frage gestellt werden, aber die gesamte Staatsregierung muß leiden. Denn im Reichstage liegt heute der Schwerpunkt der Staatsgeschäfte. Er ist als der Träger der Souveränität an die Stelle der Krone getreten. Umso mehr kommt darauf an, daß er gegen früher an Ansehen nicht einbüßt, sondern zunimmt. Vorläufig ist er nicht im Anstiege begriffen, sondern auf einer schiefen Ebene. Und die Geschwindigkeit des Abwärtigen hat gerade in der letzten Zeit bedenklich zugenommen.

Die Klage seines sozialdemokratischen Präsidenten über die Bloßrederei ist erst kürzlich erhellen, und die groteske Verzerrung der Beratung des Haushalts für 1920 (!), die noch immer nicht abgeschlossen ist, gab uns erst dieser Tage Anlaß zu bitteren Bemerkungen, die leicht noch zu ergänzen sind. Es fehlt jede Disposition auf weitere Sicht. Wochenlang wird nur geredet, ohne daß etwas praktisch geschieht, dann werden in wenigen Tagen wichtige Gesetze durchgepeitscht, daß den betroffenen Interessentkreisen Hören und Sehen vergeht. Bei der Sprunghaftigkeit des Geschäftsganges, der Ueberfülle von Anfragen und Interpellationen, die sich zwischen den Gang der notwendig zu erledigenden Arbeit schieben, können weder Abgeordnete noch Regierungsmitglieder über ihre Arbeitszeit nur auf wenige Tage voraus verfügen. Dadurch wird den Führern des Wirtschaftslebens und anderer Berufe immer mehr die Lust genommen, sich in den Reichstag wählen zu lassen, weil ihnen dort ihre Zeit toteschlagen wird. Es ist aber auch eine Verschlechterung des Tones eingetreten, derengleichen man früher mit einem gefügigsten Wort als Verhöhnung zu bezeichnen pflegte. Der Begriff des parlamentarischen Ausdrucks ist längst auf den Kopf gestellt, und die „Polstümmlichkeit“ des Parlamentes im Sinne der Verbaljuristen hat ungeahnte Dimensionen angenommen. Versuche der Präsidenten, eine Art Leitung und Ueberwachung der Verhandlungen durchzuführen, enden in Dummheit, und Anordnungen des Präsidenten wie die, den Platz vor der Rednertribüne freizumachen, sind, wie es sich dieser Tage ereignete, nach wenigen Minuten wieder von allen Beteiligten vergessen. Uebrigens kommt das auch davon, daß die wichtigen und weithin sichtbaren Stellen der Reichstagspräsidenten lediglich nach der Kopfzahl der Fraktionen besetzt werden. Auf andere Art wären doch wohl auch im heutigen Reichstage noch einige Männer zu finden, die sich wirklich Autorität erwerben und für Disziplin sorgen könnten. Aber das nebenbei. Um auch den letzten trüben Vorgang bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt zu lassen: Der liebliche Streit über die Frage, ob Herr Adolf Hoffmann mit Recht behauptet habe, daß der sozialdemokratische Abgeordnete und derzeitige Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing neulich in der Sitzung schwer betrunken gewesen sei, und ob der Ordnungsruf, den Hoffmann dafür bezog, nicht vielleicht besser Herrn Hörsing zuteil geworden wäre, — trägt auch nicht zur Erhöhung des Prestiges der Volksvertretung bei. Kurzum, es muß etwas geschehen, es ist höchste Zeit.

Nun hat der Reichsterrat wenigstens einen Anfang zu machen versucht, indem er Ende vergangener Woche die dringende „Bitte“ aussprach, daß sich die Redner in dieser Woche um 1/4 Stunde Redezeit beschränken möchten. Mehr konnte er nicht tun, denn entscheidende Befugnisse besitzt er ja nicht. Es bedarf aber einer grundlegenden Reform. Es ist endlich nötig, daß der Reichstag die Konsequenzen aus seiner veränderten staatsrechtlichen Stellung zieht. Von seiner Zusammenfassung abgesehen, hat der Reichstag bisher die Resolutionen losgelassen. Er muß sie nachholen, und diese Umwälzung wird von allen begrüßt werden, die nicht grundsätzliche Gegner des parlamentarischen Systems sind.

Darum ist es natürlich, daß jetzt gerade der Versuch unternommen wird, eine gründliche Wandlung herbeizuführen. Es liegen eine Anzahl Anträge vor, die den Namen des Führers der demokratischen Reichstagsfraktion, Schiffers, tragen und auch in seinem Kopfe entstanden sind. Zur Kennzeichnung ihrer Bedeutung mag es genügen, den Abgeordneten Ledebour von den Unabhängigen zu zitieren, der gestern erklärt hat, sie seien die tiefstehenden Anträge, die seit Bestehen des Reichstages eingegangen seien. Sie sind in drei Teilen eingeteilt: In Form eines Gesetzentwurfes, dann einer Anordnung, im Besonderen der Geschäftsordnung Ernennungen zu jener Vorsage zu bestehen, und schließlich in dem Vorschlage einer Abänderung der Reichsverfassung.

Der erste Teil ist der umfangreichste. Er gliedert sich wieder in vier Abschnitten. Die erste beschäftigt sich mit dem Reichsterrat. Er soll ein wirklicher Ausschuss werden wie andere Kommissionen auch, aber unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten, und er soll entscheidend beschließen können. Seine Autorität soll also erhöht werden, damit mehr wirkliche Leitung in die Führung der Geschäfte kommt, natürlich auf durchaus demokratischem Wege. Denn im Reichsterrat sitzen die Führer der Fraktionen, und seine Mitliederzahl soll künftig auf 28 Köpfe erhöht werden. (Je mehr wirkliche „Köpfe“ darunter sind, desto besser wird es für den Reichstag und für den Staat überhaupt sein.) Freilich kann man darin theoretisch eine Beschränkung der Volksvertretung erblicken. Aber da die Mitlieder des Reichsterrates jederzeit ihrer Fraktion Rede stehen können, ist der Einwand praktisch kaum unüberwindlich. Und wenn die Verhandlungen des Reichsterrates, die bisher ja so wenig wie die anderen Kommissionsberatungen öffentlich sind, es auch künftig nicht sein werden, wird die Öffentlichkeit schwerlich viel daran verlieren, denn es handelt sich bei seltenen Ausfällen doch im weitestesten um technische Fragen der Reichstagsarbeit und nicht um politische Entscheidungsfragen.

Die Geschlechtsfrage betrifft vielmehr der zweite Teil. Er erstrebt im gesamten legislativen Beratungskomitee, und auch in den Gesetzesgremien selber, eine Trennung der grundlegenden oder praktisch bedeutenden Teile von den nur nebensächlichen, wie technischen Einzelheiten, Ausführungsbestimmungen und dergleichen. Nur jene sollen vor der Vollversammlung, die anderen von den Ausschüssen











